dodis.ch/56709

SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss 2291
Décision 31. Okt. 1990
Decisione

Bezeichnung der CSFR, von Polen und Ungarn als verfolgungssichere Staaten im Sinne von Artikel 16 Absatz 2 Asylgesetz

Aufgrund des Antrages des EJPD vom 16. Oktober 1990

aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

Die Staaten CSFR, Polen und Ungarn werden zu verfolgungssicheren Staaten im Sinne von Artikel 16 Absatz 2 Asylgesetz erklärt.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer

Protokollauszug an: ☒ ohne / ☐ mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	10	-
		EDI		
X		EJPD	15	-
		EMD		
		EFD		
		EVD		
		EVED		
	X	BK	5	-
		EFK		
		Fin.Del.		

BBl 10000 22194/1

Dodis

dodis.ch/56709

EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE
DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

3003 Bern, 16. Oktober 1990

An den Bundesrat

Bezeichnung der CSFR, von Polen und Ungarn als verfolgungssichere Staaten im Sinne von Artikel 16 Absatz 2 Asylgesetz

1. Ausgangslage

In den ehemaligen Ostblockstaaten - namentlich in der Tschechoslowakei, in Polen und Ungarn - findet seit geraumer Zeit ein klarer Demokratisierungsprozess statt. Dieser manifestiert sich in Form freier Wahlen, in der Zulassung mehrerer Parteien, der Abschaffung der Geheimpolizei usw. Die Einhaltung rechtsstaatlicher Normen nach westeuropäischem Standard ist heute in diesen Staaten weitgehend gewährleistet (ein detaillierter Beschrieb der aktuellen politischen Lage in der CSFR, in Polen und Ungarn findet sich in der Beilage).

Der Bundesrat hat dies in bezug auf Polen und Ungarn bereits in seiner Botschaft über eine verstärkte Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten und entsprechende Soforthilfemassnahmen vom 22. November 1989 (BBl 1990 I 145 ff.) erkannt und gestützt auf diese Entwicklungen einen Rahmenkredit von 250 Millionen Franken bean-

(BT 15000 39823/6

dodis.ch/56709

tragt.

Aufgrund der politischen Veränderungen und der damit einhergegangenen verbesserten Beziehungen zwischen der Schweiz und der CSFR sowie Ungarn wurde gestützt auf einen Beschluss des Bundesrates vom 23. Mai 1990 der Visumszwang für diese Staaten (CSFR: 15. August 1990; Ungarn: 22. August 1990) auf der Basis der Gegenseitigkeit aufgehoben. Für Polen wird eine solche Regelung im Moment nicht ins Auge gefasst.

Dieser - an sich wünschbaren - europäischen Reisefreizügigkeit stehen allerdings einige gewichtige Nachteile gegenüber, die sich mit der Abschaffung des Visumszwanges akzentuiert haben:

- Zwischen dem 1. Januar 1990 und dem 31. August 1990 haben insgesamt 456 Personen aus den genannten Staaten in der Schweiz um Asyl nachgesucht (Polen: 425; Tschechoslowakei: 19; Ungarn: 12).

- Zahlreiche Angehörige der obgenannten Staaten (insbesondere Jugendliche) reisen in wachsender Zahl in die Schweiz ein, um hier *aus rein wirtschaftlichen Motiven* ein Asylgesuch zu stellen. Geltend gemacht werden immer wieder Gründe wie die unbefriedigende Arbeitsmarktsituation oder die Wohnungsnot im Heimatstaat.

- Zahlreiche - praktisch mittellose - Jugendliche aus Polen, Ungarn und der CSFR kommen *aus touristischen Gründen* in die Schweiz und nutzen missbräuchlich die infrastrukturellen Möglichkeiten, wel-

dodis.ch/56709

che ihnen unser Asylverfahren bietet (kostenlose Verpflegung und Unterkunft).

- Es ist davon auszugehen, dass der Zustrom der Asylbewerber aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei wegen der dortigen unstabilen Wirtschaftslage und des wirtschaftlichen Gefälles zwischen diesen Ländern und der Schweiz noch deutlich anwachsen wird.

2. Begründung und gesetzliche Grundlagen

Mit dem dringlichen Bundesbeschluss über das Asylverfahren (AVB) vom 22. Juni 1990 hat der Bundesrat die Möglichkeit erhalten, aufgrund von Artikel 16 Absatz 2 des Asylgesetzes Staaten zu bezeichnen, in welchen nach seinen Feststellungen Sicherheit vor Verfolgung besteht. Stammt ein Gesuchsteller aus einem solchen Staat, wird auf sein Gesuch oder seine Beschwerde nicht eingetreten, ausser die Anhörung ergebe Hinweise auf eine Verfolgung.

Obwohl nur 2,3 % aller Asylbewerber, die zwischen dem 1.1.1990 und dem 31.8.1990 in der Schweiz um Asyl nachgesucht haben, aus Polen, Ungarn oder der CSFR stammen, erwarten wir von einer Bezeichnung dieser Staaten als sogenannte *Safe Countries* im Sinne von Artikel 16 Absatz 2 Asylgesetz eine deutliche *Signalwirkung*.

Nach aussen - vor allem im Hinblick auf Polen - wird eine solche Massnahme verdeutlichen, dass die Schweiz gewillt ist, an ihrer humanitären, aber konsequenten Asylrechtspraxis festzuhalten. Zahl-

dodis.ch/56709

reiche migrationswillige Angehörige der oben erwähnten Staaten mit asylfremden Motiven werden die Schweiz als Asylland nicht mehr in Erwägung ziehen. Teilweise war eine derartige Wirkung bereits bei Asylgesuchen auf dem Flughafen sichtbar, indem Asylgesuche aus den genannten Ländern, insbesondere aus Polen, in Zusammenarbeit mit dem UNHCR innert kürzester Frist erledigt werden konnten.

Innenpolitisch ist in breiten Kreisen ein wachsender Erwartungsdruck zu verzeichnen, die mit dem Bundesbeschluss über das Asylverfahren vom 22. Juni 1990 neu geschaffene Möglichkeit zur Bezeichnung von verfolgungssicheren Staaten gezielt wahrzunehmen. Namentlich der Kanton Genf und die Fürsorgedirektorenkonferenz haben bereits mit Nachdruck die Anwendung von Artikel 16 Absatz 2 Asylgesetz gefordert.

In nächster Zeit wird geprüft, ob neben den im vorliegenden Antrag bezeichneten Staaten weitere Herkunftsländer von Asylbewerbern als verfolgungssicher im Sinne von Artikel 16 Absatz 2 Asylgesetz betrachtet werden können.

3. Ergebnisse der Aemterkonsultation

Die konsultierten Amtsstellen (EDA: Politische Abteilung I, Völkerrechtsdirektion, Koordinator für internationale Flüchtlingspolitik; EJPD: Beschwerdedienst, Bundesamt für Ausländerfragen) stimmen dem Antrag grundsätzlich zu.

dodis.ch/56709

4. Inkrafttreten

Wir beantragen Ihnen, den Beschluss am Tag seiner Verabschiedung in Kraft zu setzen, da für dessen Anwendung keine besonderen organisatorischen Massnahmen nötig sind.

5. Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

EIDGENÖSSISCHES
JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT

A. Koller

Zur Veröffentlichung: Amtliche Sammlung

Beilagen:

- Entwurf des Beschlussdispositives
- Bericht über die aktuelle politische Situation in der Tschechoslowakei, in Polen und Ungarn

Zum Mitbericht an: EDA, BK (je 3 Exemplare)

Protokollauszug an: EJPD (15 Exemplare), EDA, BK (je 3 Exemplare)

dodis.ch/56709

Bezeichnung der CSFR, von Polen und Ungarn als verfolgungssichere Staaten im Sinne von Artikel 16 Absatz 2 Asylgesetz

---

Aufgrund des Antrages des EJPD vom 16. Oktober 1990

aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

Die Staaten CSFR, Polen und Ungarn werden zu verfolgungssicheren Staaten im Sinne von Artikel 16 Absatz 2 Asylgesetz erklärt.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer

Veröffentlichung:

Amtliche Sammlung

dodis.ch/56709

Aktuelle politische Situation in der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn

Bern, den 17. September 1990 / Bto

dodis.ch/56709

1. Aktuelle politische Lage in der Tschechoslowakei

Demonstrationen von Menschenrechts-, Friedens- und Bürgerrechtsgruppen erreichen am 17. November 1989 mit Massenprotesten gegen den kommunistischen Einparteienstaat und für Demokratie und freie Wahlen ihren Höhepunkt. Das brutale Vorgehen der Ordnungskräfte im Zusammenhang mit diesen Vorkommnissen ist ein wesentlicher Auslöser für die sich daraus ergebenden Umwälzungen in der Tschechoslowakei. Bereits am 29. November 1989 streicht das tschechische Parlament die führende Rolle der kommunistischen Partei aus der Verfassung und erfüllt damit eine wesentliche Forderung der Protestierenden. Obwohl die Regierung solange wie möglich am herkömmlich-überholten Sozialismus-Modell festzuhalten versucht und sich auf die Auswechslung von kommunistischen "Hardlinern" beschränkt, gelingt den oppositionellen Bürgerrechtlern und Studenten ein rascher Durchbruch. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich die Arbeiter mit ihnen solidarisieren, Streikbereitschaft zusichern und auch mehrstündige Generalstreiks durchführen. Ende Dezember hat die Opposition mit der Wahl von **Alexander Dubcek**, der Symbolfigur des Prager Frühlings von 1968, zum Parlamentspräsidenten und **Vaclav Havel**, dem führenden Kopf der Bürgerrechtsbewegung Charta 77, zum Staatspräsidenten die wichtigsten Schlüsselpositionen in ihren Händen. Ende Februar 1990 verabschiedet das Parlament in Prag, dessen Mitglieder bereits teilweise ausgetauscht wurden, ein neues Wahlgesetz und ebnet damit den Weg für die ersten **freien Wahlen** seit 1946. Am 10. Juni 1990 erringt das Bürgerforum zusammen mit seiner slowakischen Schwesterorganisation "Oeffentlichkeit gegen Gewalt" einen klaren Sieg vor der KP und den Christlichdemokraten und verfügt in beiden Kammern des tschechischen Parlaments sowie im tschechischen Nationalrat über die absolute Mehrheit.

Am Neujahrstag 1990 erlässt Staatspräsident Havel eine Amnestie. **Entmachtung, Auflösung** und **Reorganisation** der Sicherheitskräfte, Aufhebung der Kontrolle über die Kirchen und Wiedereinführung des Religionsunterrichts in der Schule, Einzug von **Meinungs-** und **Pressefreiheit** - es sind über 200 neue Zeitungen entstanden - sowie **Reiseerleichterungen** stellen erste innenpolitische Massnahmen dar. Aussenpolitisch arbeitet die Tschechoslowakei an einem Abzug der Sowjettruppen, auch wenn bezüglich des Zeitpunktes noch Uneinigkeit herrscht. Im Mai 1990 wird mit der Europäischen Gemeinschaft ein Handels- und Kooperationsabkommen unterzeichnet. **Privatisierung**, Einführung der **Marktwirtschaft** und das Bemühen, in den Internationalen Währungsfonds aufgenommen zu werden, stellen weitere unbestrittene Programmpunkte dar. Der Abbau des Eisernen Vorhanges gegen die Bundesrepublik und Oesterreich wird beschlossen und in die Wege geleitet.

dodis.ch/56709

Grössere Freiheiten der verschiedenen Nationalitäten führen zu sporadischen Diskussionen über die Staatskonzeption, das heisst über das Verhältnis von Tschechei und Slowakei. Damit zusammenhängende Animositäten können politisch-gesellschaftliche Veränderungen verzögern. Trotz der im osteuropäischen Vergleich betrachtet "günstigen" wirtschaftlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen ist auch in der Tschechoslowakei mit vielschichtigen strukturellen Schwierigkeiten und einem starken Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu rechnen.

2. Aktuelle politische Situation in Polen

Nach zahlreichen Streiks im Jahre 1988 und einem monatelangen Tauziehen beginnen am 6. Februar 1989 die sogenannten Gespräche am runden Tisch zwischen der polnischen Führung und der Opposition. Sie enden mit einem Abkommen über die **Wiederzulassung der "Solidarität"** und über eine Demokratisierung des öffentlichen Lebens in Polen. Mit der offiziellen Zulassung der unabhängigen polnischen Gewerkschaft "Solidarität" hat eine in einem sozialistischen Land bislang einmalige Entwicklung ihren Höhepunkt erreicht. Die ebenfalls am runden Tisch getroffene Uebereinkunft, im Juni erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wieder **nahezu demokratische Wahlen** zuzulassen, führt Polen bei den Reformbemühungen im Ostblock mit an die Spitze. Die Parlamentswahlen am 4.Juni 1989 nehmen den Charakter eines Plebiszits an und verwandeln sich angesichts der allgemeinen, insbesondere jedoch wirtschaftlich motivierten Unzufriedenheit, in ein Gericht gegen die bis anhin herrschende Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) und haben einen **Erdrutschsieg der "Solidarität"** zur Folge. Nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten im Juli 1989 betraut General Wojciech Jaruzelski mit Tadeusz Mazowiecki einen Solidaritäts-Vertreter mit dem Amt des Ministerpräsidenten. Den 23 Ministerien stehen ebenfalls mehrheitlich Solidaritäts-Mitglieder vor. In seiner Regierungserklärung nennt Mazowiecki als seine wichtigsten Ziele die Einführung der **Marktwirtschaft**, eine **neue Verfassung**, eine **umfassende Demokratisierung** der Staatsorgane sowie eine **Rechtsreform.** In der Folge vermögen weder der schwierige Uebergang von einer bürokratischen Zwangswirtschaft zu einem mehr am Markt orientierten System noch Unmut über den sinkenden Lebensstandard, Arbeitslosigkeit und die Spekulationsgewinne einiger weniger oder der wilde Eisenbahnerstreik in Pommern im Mai 1990 die Regierung aus den Gleisen zu werfen. Die im Mai 1990 abgehaltenen Kommunalwahlen führen - bei allerdings schwacher Wahlbeteiligung - dazu, dass die kommunistische Vormachtstellung auch in den Provinzen und

dodis.ch/56709

auf dem Lande gebrochen wird und machen die "Solidarität" und ihre Repräsentanten endgültig zu den in Polen bestimmenden politischen Kräften.

Eine bereits im Mai 1989 erlassene **Amnestie**, welche nicht nur die Aufhebung der seit 1980 gegen politische Oppositionelle gefällten Urteile vorsieht, sondern auch die Löschung entsprechender Einträge im Strafregister, ist ein erster Schritt in der Entwicklung zu einem demokratischen Rechtsstaat. Im Mai 1990 wird der polnische **Geheimdienst** (SB) **aufgelöst** und durch ein "Büro für Staatsschutz" ersetzt, welches mit den entsprechenden westlichen Diensten zusammenarbeiten will. Die **Aufhebung** der **Zensur** und des damit zusammenhängenden "Hauptamtes zur Kontrolle der Publikationen und Schaustellungen" im Juni und die **Verabschiedung** von **Privatisierungsgesetzen** im Juli 1990 stellen weitere solche Massnahmen dar.

Eine den Reformanstrengungen mit kaum mehr als duldender Passivität gegenüberstehende Bevölkerung, eine geringe Wahlbeteiligung in den ersten freien Kommunalwahlen, ein bis anhin ausbleibender wirtschaftlicher Aufschwung und die wegen des Zankapfels der Präsidentschaft unwiderrufliche Spaltung der "Solidarität" sind die momentanen Kennzeichen der neuen polnischen Demokratie. Der Abzug aller sowjetischen Truppen und eine Neuordnung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Polen sind zur Zeit ein weiteres politisches Traktandum.

3. Aktuelle politische Situation in Ungarn

Ungarn ist das **erste Reformland** Osteuropas gewesen. Die Absetzung Janos Kadars von der Spitze der kommunistischen Partei im Mai 1988 macht den Weg frei für eine **politische Oeffnung.** In Ungarn werden die politischen Veränderungen nicht durch das Volk von unten, sondern durch den Reformflügel der kommunistischen Partei von oben bewirkt. Im Februar 1989 verzichten die ungarischen Kommunisten als erste in Ost- und Mitteleuropa auf ihre führende Stellung in Staat und Gesellschaft und ermöglichen es damit dem Parlament im Oktober 1989, mit überwältigender Mehrheit weitreichende Veränderungen der stalinistischen Verfassung aus dem Jahre 1949 zu beschliessen. Zentrale Punkte der neuen Verfassung sind die Rückkehr zu einer **parlamentarischen Demokratie** westlicher Prägung auf der Grundlage eines **Mehrparteiensystems** und ein radikaler Bruch mit den bisherigen Dogmen kommunistischer Herrschaft. Ungarn wird nicht mehr als Volksrepublik, sondern als eine Republik bezeichnet, als ein demokratischer Rechtsstaat, der sich zu den Werten einer bürgerlichen Demo-

dodis.ch/56709

kratie bekennt. Verschiedene Amendements, die sich mit Menschen- und Bürgerrechten befassen, garantieren **Reise-, Meinungs-** und **Gewissensfreiheit** sowie das Recht auf freie **Religionsausübung.**

Als Ergebnis der Parlamentswahlen vom 25. März 1990 wird Ungarn heute von einer Mitte-Rechts-Koalition, bestehend aus dem Demokratischen Forum, der Kleinlandwirtepartei und der Christlich-Demokratischen Volkspartei, regiert. Die neue ungarische Regierung hat sich der sozialen **Marktwirtschaft**, einer ausgesprochenen "**Westorientierung**" und der Eingliederung in die europäische Wirtschaftsgemeinschaft verschrieben. Regierungschef Antal bekundet in seiner Regierungserklärung die Absicht, sich aus der militärischen wie der politischen Organisation des Warschauerpaktes zurückzuziehen. Die Sowjetunion hat im März 1990 mit dem Abzug ihrer Truppen aus Ungarn begonnen. Gleichzeitig reduziert die ungarische Armee ihre Bestände um 30 bis 35 Prozent. Nach einem "Ueberwachungs- und Bespitzelungsskandal" verabschiedet das Parlament im Januar 1990 ein Gesetz, welches besagt, dass die Geheimdienste nur aktiv werden dürfen, wenn die Sicherheit der Nation, die Souveränität des Landes und seine verfassungsmässige Ordnung durch geheime Aktivitäten gefährdet werden.

Gemäss Auffassung ungarischer Regierungskreise ist Ungarn auf dem Weg zu **Pluralismus** und **Demokratie** nicht mehr aufzuhalten, auch wenn bereits eine gewisse Parteien- und Politverdrossenheit festzustellen sind und der eher zögernd und partiell eingeleitete wirtschaftliche Reformprozess bereits einen Fünftel der ungarischen Bevölkerung an den Rand der Armutsgrenze geführt hat. Ungarn hat mit der Oeffnung seiner Grenzen für DDR-Flüchtlinge im Herbst 1989 einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen der osteuropäischen Reformbewegungen geleistet.

dodis.ch/56709

Situation politique actuelle en Tchécoslovaquie, Pologne et Hongrie

Annexe à la proposition faite au Conseil fédéral de déclarer la CSFR, la Pologne et la Hongrie pays exempts de persécution

Berne, le 27 septembre 1990

dodis.ch/56709

1. Situation politique actuelle en Tchécoslovaquie

Les manifestations de groupes de défense des droits de l'homme, de la paix et des droits civiques ont culminé, le 17 novembre 1989, par des mouvements de masse dirigés contre l'Etat communiste unipartite et en faveur de la démocratie et des élections libres. La réaction brutale des forces de l'ordre à ces événements a été l'un des éléments essentiels qui ont provoqué les bouleversements qu'a connus alors la Tchécoslovaquie. Dès le 29 novembre 1989, le Parlement tchèque radie le rôle directeur du parti communiste de la Constitution et exauce ainsi l'une des principales revendications des contestataires. Quoique le Gouvernement cherche à préserver le plus longtemps possible le modèle socialiste traditionnel dépassé et se contente de remplacer les communistes purs et durs, les opposants, partisans des droits de l'homme et étudiants, parviennent rapidement à s'imposer. Ce succès est dû à la solidarité des travailleurs qui les assurent de leur détermination et, de fait, déclenchent des grèves générales de plusieurs heures. A la fin du mois de décembre, l'opposition occupe les positions-clé du fait de l'élection de **Alexandre Dubcek**, symbole du printemps de Prague de 1968, à la présidence du Parlement et de **Vaclav Havel**, chef du mouvement de défense des droits du citoyen connu sous le nom de Charte 77, à la tête de l'Etat. A la fin du mois de février 1990, le Parlement, déjà renouvelé en partie, vote à Prague une nouvelle loi électorale et ouvre ainsi la voie aux premières **élections libres** depuis 1946. Le 10 juin 1990, la liste bourgeoise et son pendant slovaque "Le public contre la violence" devancent clairement le PC et les démocrates-chrétiens et disposent ainsi de la majorité absolue dans les deux chambres du Parlement tchèque ainsi qu'au Conseil national tchèque.

Au premier de l'an 1990, le Président Havel déclare l'amnistie. Les premières mesures de politique intérieure sont la **privation de tous les pouvoirs** des forces de sécurité, leur **dissolution** et leur **réorganisation**, la levée du contrôle exercé sur les églises et la réintroduction de l'enseignement religieux à l'école, la proclamation de la **liberté d'opinion et de presse** (plus de 200 nouveaux journaux sont créés) ainsi que la **facilitation des voyages.** Du point de vue de la politique extérieure, la Tchécoslovaquie oeuvre au retrait des troupes soviétiques, même si la date à laquelle il se fera n'a pas encore été convenue. En mai 1990, un accord de coopération et de commerce est signé avec la Communauté européenne. **La privatisation** et l'introduction de **l'économie de marché**, tout comme la volonté de devenir membre du Fonds monétaire international, constituent d'autres points incontestés au programme. La suppression du rideau de fer entre la Tchécoslovaquie, d'une part, et la République fédérale et l'Autriche, d'autre part, est décidée et entreprise.

dodis.ch/56709

Les libertés importantes accordées aux diverses nationalités ont pour conséquence des discussions sporadiques sur la conception de l'Etat, c'est-à-dire sur le rapport entre la partie tchèque et la Slovaquie. Les animosités qui en résultent peuvent retarder l'évolution politico-sociale. En dépit de conditions économiques et autres considérées comme "favorables" en comparaison avec celles d'autres Etats d'Europe de l'Est, il faut s'attendre à diverses difficultés structurelles et à une augmentation importante du chômage en Tchécoslovaquie.

2. Situation politique actuelle en Pologne

Après les nombreuses grèves de l'année 1988 et des tiraillements de part et d'autres pendant des mois, ce que l'on a appelé les discussions de la "Table ronde" commencent le 6 février 1989 entre les dirigeants polonais et l'opposition. Elles aboutissent à un accord sur la **reconnaissance de "Solidarnosc"** et sur la démocratisation de la vie publique en Pologne. Une évolution sans pareille jusqu'alors dans aucun pays socialiste culmine par la légalisation du syndicat autonome polonais "Solidarnosc". L'accord conclu lui aussi autour de la Table ronde et permettant des **élections quasiment démocratiques** pour la première fois depuis la Seconde guerre mondiale place la Pologne à la tête des réformes dans le bloc de l'Est. Les élections parlementaires du 4 juin 1989 revêtent le caractère d'un plébiscite et, en raison du mécontentement provoqué par la situation générale et surtout économique, constituent une véritable condamnation du Parti ouvrier unifié polonais (POUP) au pouvoir jusqu'à présent; elles se traduisent par **une victoire retentissante de "Solidarnosc"**. Nommé chef de l'Etat en juillet 1989, le Général Wojciech Jaruzelski appelle Tadeusz Mazowiecki, représentant de Solidarnosc, à la fonction de président du Conseil des ministres. Les 23 ministères sont pour la plupart dirigés par des membres de Solidarnosc. Lorsqu'il expose le programme de son gouvernement, Mazowiecki cite comme ses principaux objectifs l'introduction de **l'économie de marché**, une **nouvelle constitution**, la **démocratisation générale** des organes de l'Etat ainsi que la **réforme du droit.** Par la suite, ni le difficile passage de l'économie dirigée à un système plus orienté vers l'économie de marché, ni le mécontentement généré par la baisse du niveau de vie, le chômage et les profits amassés par quelques spéculateurs, ni la grève sauvage déclenchée par les cheminots en Poméranie en mai 1990 ne parviennent à renverser le Gouvernement. En dépit d'un faible taux de participation, les élections communales tenues en mai 1990 brisent l'hégémonie

dodis.ch/56709

communiste, même dans les provinces et à la campagne, et font définitivement de "Solidarnosc" et de ses représentants une force politique déterminante en Pologne.

L'amnistie prononcée en mai 1989 déjà, laquelle prévoit non seulement l'annulation des arrêts rendus depuis 1980 contre des opposants politiques, mais également la radiation des inscriptions correspondantes au casier judiciaire, est un premier pas vers la constitution d'un Etat démocratique de droit. En mai 1990, les **services secrets** polonais (SB) sont dissous et remplacés par le "Bureau de protection de l'Etat" qui souhaite collaborer avec les services occidentaux équivalents. La **levée** de la **censure** et la suppression de "l'Office central de contrôle des publications et des spectacles" en juin et la promulgation de **lois de privatisation** en juillet 1990 constituent des mesures supplémentaires dans ce sens.

Le peu d'intérêt que porte la population aux tentatives de réforme, le faible taux de participation enregistré lors des premières élections communales libres, l'essor économique qui se fait attendre et le schisme irrévocable au sein de "Solidarnosc" à propos de la présidence caractérisent pour l'instant la nouvelle démocratie polonaise. Le retrait des troupes soviétiques et la réorganisation des rapports entre l'Union soviétique et la Pologne sont à l'heure actuelle un point politique important.

3. Situation politique actuelle en Hongrie

La Hongrie a été le premier pays d'Europe de l'Est **à introduire des réformes.** L'éviction de Janos Kadar de la tête du parti communiste en mai 1988 fraie la voie à une ouverture de la politique. Les changements politiques, en Hongrie, n'ont pas été provoqués d'en bas, par le peuple, mais d'en haut, par l'aile réformiste du Parti communiste. En février 1989, les communistes hongrois sont les premiers, en Europe de l'Est et en Europe centrale, à renoncer à leur position dirigeante au sein de l'Etat et de la société et permettent de fait au Parlement, en octobre de la même année, de décider à une écrasante majorité des modifications profondes de la Constitution de type stalinien qui datait de 1949. L'élément cardinal de la nouvelle Constitution est le retour à une **démocratie parlementaire** de caractère occidental basée sur **un système multipartite** et une rupture radicale avec les dogmes de l'hégémonie communiste. La Hongrie n'est plus une République populaire. Elle est devenue une République, un Etat de droit démocratique qui adhère aux valeurs de la démocratie libérale. Divers amendements portant sur les droits de l'homme et les droits civiques garantissent les **libertés de circulation, d'opinion et de conscience de même que le droit au libre exercice de la religion.**

De par les résultats des élections parlementaires du 25 mars 1990,

dodis.ch/56709

la Hongrie est gouvernée aujourd'hui par une coalition de centre droite composée du Forum démocratique, du Parti des petits agriculteurs et du Parti populaire démocrate-chrétien. Le nouveau gouvernement hongrois a opté pour **l'économie sociale de marché**, ce qui dénote une nette **orientation vers le système occidental**, et pour l'adhésion à la Communauté économique européenne. Le chef du gouvernement, Antal, a fait part, lorsqu'il a présenté son programme, de l'intention de se retirer de l'organisation tant militaire que politique du Pacte de Varsovie. L'Union soviétique amorce le retrait de ses troupes de la Hongrie en mars 1990 et l'armée hongroise réduit simultanément ses effectifs de 30 à 35 pour cent. Après un scandale provoqué par "des activités de surveillance et de dénonciation", le Parlement a adopté en janvier 1990 une loi selon laquelle "les services secrets ne peuvent agir que si la sécurité de la nation, la souveraineté du pays et le régime constitutionnel sont menacés par des activités clandestines".

De l'avis de milieux gouvernementaux hongrois, la Hongrie est définitivement engagée sur la voie du **pluralisme** et de la **démocratie**, même si les partis et les hommes politiques témoignent déjà d'une certaine réticence et si un cinquième de la population hongroise se trouve presque au seuil de la pauvreté conséquemment à la mise en oeuvre d'un processus de réforme fragmentaire et timide. La Hongrie, en ouvrant ses frontières aux réfugiés de la RDA, en automne 1989, a contribué de manière essentielle à la réussite des réformes qu'ont entreprises les pays d'Europe de l'Est.

dodis.ch/56709

SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI
CHANCELLERIE DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE
CANCELLERIA DELLA CONFEDERAZIONE SVIZZERA

Bern, den 25.10.1990/CJ

An den Bundesrat

Bezeichnung der CSFR, von Polen und Ungarn als verfolgungssichere Staaten im Sinne von Artikel 16 Absatz 2 Asylgesetz

Mitbericht

zum Antrag des EJPD vom 16. Oktober 1990

Im Antrag ist eine Publikation des Bundesratsbeschlusses in der Amtlichen Sammlung vorgesehen.
Dies wirft jedoch einige Fragen auf; nachstehend seien einige Gründe genannt, die für und die gegen eine Publikation sprechen.

1 Gründe für eine Publikation

Da die Bezeichnung von verfolgungssicheren Staaten eine nicht zu vernachlässigende Aussenwirkung hat, sollte eine Publikation eigentlich als nötig erachtet werden.
Damit soll dem Rechtsunterworfenen in geeigneter und verbindlicher Weise aufgezeigt werden, dass seine Rechtsposition betroffen wird.
Eine Publikation gibt sodann auch die Möglichkeit, das Inkrafttreten zu bestimmen und allenfalls Uebergangsbestimmungen - namentlich für hängige Verfahren- zu erlassen.

Die entsprechende Bestimmung in Artikel 16 Absatz 2 lautet:

" Der Bundesrat kann Staaten **bezeichnen** , in welchen nach seinen Feststellungen Sicherheit vor Verfolgung besteht; entsprechende Beschlüsse prüft er periodisch. Stammt der Gesuchsteller aus einem solchen Staat, wird auf sein Gesuch oder seine Beschwerde nicht eingetreten, ausser die Anhörung ergebe Hinweise auf eine Verfolgung."

Diese Formulierung könnte darauf hindeuten, dass der entsprechende Beschluss in Form einer **Verordnung** zu erfolgen habe.

2 Gründe gegen eine Publikation

Die explizite Bezeichnung der CSFR, Polen und Ungarn als verfolgungssichere Staaten weist darauf hin, dass es noch weitere verfolgungssichere Staaten gibt.
Da eine Liste solcher Staaten nie veröffentlicht wurde, wäre es systemwidrig, nur gerade für diese neu bezeichneten Staaten eine Publikation vorzusehen.

7.90 20000 52562/1

dodis.ch/56709

Gegen eine Veröffentlichung spricht auch die Tatsache, dass die Schweiz - bedenkt man die aussenpolitischen Konsequenzen- eine Liste der als nicht verfolgungssicher geltenden Staaten nie veröffentlichen dürfte.

3 Fazit

Da die Argumente gegen eine Publikation des Bundesratsbeschlusses in der AS stärker zu gewichten sind, beantragen wir, von einer Veröffentlichung abzusehen und demnach den entsprechenden Hinweis im Beschlussdispositiv zu streichen.

Sollte der Beschluss des Bundesrates veröffentlicht werden, stellt sich zudem die Frage nach der geeigneten Publikationsform:
Bundesratsbeschlüsse werden als solche nicht veröffentlicht. Texte mit Bestimmungen, die in der AS veröffentlicht werden, bedürfen einer der für rechtsetzende Erlasse vorgesehenen Formen.

Schweizerische Bundeskanzlei
Der Bundeskanzler

Buser